

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019. Er teilte mit, dass die Verwaltung den Beschlussvorschlag präzisiert habe und verlas ihn.

Abg. Lehmann sagte, das Ergebnis der letzten GPA-Untersuchung habe ergeben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Verwaltungsbereich stark überfordert seien, sodass viele Aufträge extern vergeben werden mussten. Es stelle sich ihm die Frage, warum dieser Antrag nicht von der Verwaltungsspitze initiiert worden sei. Darüber hinaus habe seine Fraktion den Antrag bereits bei den vorletzten Haushaltsberatungen wortgleich gestellt. Dieser sei jedoch abgelehnt worden.

Abg. Skoda erklärte, seine Fraktion sei der Ansicht, eine Personalaufstockung in diesem Volumen und mit dieser finanziellen Auswirkung sei auf diesem kurzen Wege nicht angemessen. Er habe in der Sitzung des Kreisausschusses beantragt, dass der Antrag zur weiteren Beratung in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen werde. Das sei mehrheitlich abgelehnt worden. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Der Landrat sagte, vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Brandschutzsanierungen bei den Bauprojekten gehe es hier darum, eine beschleunigte Umsetzung der Projekte zu erreichen.

Abg. Dr. Bieber verwies auf die in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Bauprojekte und das damit verbundene entsprechende Bauvolumen. Zeitliche Verschiebungen bei den Projekten Brandschutzsanierung und Berufskolleg Hennef hätten dazu geführt, dass sich die o.g. Projekte weiter hinauszögerten. Die dortigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass für die Umsetzung und Begleitung der Bauvorhaben mehr Personal erforderlich sei. So könne man erreichen, dass man sich dem im Haushaltsplan dargestellten Zeitplan wenigstens wieder annähere.

Bei den anstehenden Bauvolumina in Höhe von ca. 213 Millionen Euro rentiere sich nach Auffassung der Koalition die Einstellung von Fachpersonal, um nicht Gefahr zu laufen, dass die als notwendig angesehenen Bauprojekte hinsichtlich der Rettungswachen in Bornheim, Ruppichterath und Much sowie die Brandschutzsanierung des Berufskollegs in Troisdorf und der Neubau des Gefahrenabwehrzentrums weiter verschoben würden, dies insbesondere vor dem Hintergrund einer vermutlichen jährlichen Baukostensteigerung i.H.v. 5%.  
Von daher sei es ein Gebot der Notwendigkeit und bat das Gremium, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Lehmann erklärte, er wolle nicht missverstanden werden. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, jedoch müsse er nachfragen, warum die Verwaltung nicht bereits vor 5 fünf Jahren auf Anraten der GPA entsprechendes Personal akquiriert habe. Darüber sei es fraglich, ob man tatsächlich mit der avisierten Geldausschüttung qualifiziertes Personal erhalte.

Der Landrat wies darauf hin, die GPA habe lediglich eine Organisationsuntersuchung empfohlen. Diese sei abgeschlossen und an der Umsetzung der Ergebnisse werde gearbeitet.

Frau Udelhoven ergänzte, die Ergebnisse der von der GPA empfohlenen „vertieften“ Organisationsuntersuchung lägen seit letztem Jahr vor. Dabei seien insbesondere die Prozesse und Abläufe im Bereich der Gebäudewirtschaft analysiert worden. Das Ergebnis sei schließlich in der Sitzung des Personalausschusses im Dezember 2018 vorgestellt worden. Im Mai 2019 habe man im Personalausschuss die Umsetzungsplanung der Empfehlungen zur Kenntnis gegeben.

Mit der Stellenmehrung verfolge man nun eine Beschleunigung der Projekte und wolle Verzögerungen entgegenwirken.

Abg. Hildebrandt sagte, seine Fraktion werde der Beschlussvorlage mit einem kritischen Blick zustimmen. Als Grund nannte er die Organisationsuntersuchung bei der Gebäudewirtschaft, die dem Personalausschuss im vergangenen Jahr vorgestellt worden sei. Auf seine damalige Nachfrage hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung sei geantwortet worden, dass man bis zum Sommer 2019 einen Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Umsetzung der Umstrukturierung erhalten werde. Dieser läge bis heute noch nicht vor.

Stattdessen erhalte man „scheibchenweise“ die Umsetzung in der Form präsentiert, indem zunächst die Heraufsetzung der Vergabegrenzen für den Bau- und Vergabeausschuss beschlossen worden seien und nunmehr das Personal in der Gebäudewirtschaft aufgestockt werden solle.

Weiter wies Abg. Hildebrandt auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der Gewinnung von Fachkräften auf dem Stellenmarkt hin. Eine adäquate Lösung sei hierbei die Nutzung externer Kräfte, um nicht nach Abschluss der Großprojekte die Personalkosten weitertragen zu müssen.

Abg. Tandler bemerkte, seine Fraktion werde der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen. Es werde jedoch aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt schwierig werden, entsprechendes Fachpersonal zu rekrutieren. Im Hinblick auf die Zeit zum Abschluss der Bauprojekte spreche seine Fraktion sich gegen eine befristete Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Man wolle diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause behalten.

Dann ließ der Landrat über den zuvor verlesenen Beschlussvorschlag abstimmen.